

# Bochumer Studenten Zeitung

Jahrgang 1 / 1967

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß (ASTa) an der Ruhr-Universität

Nr. 4 / 12. April 1967

## Studentenwerk setzt sich durch

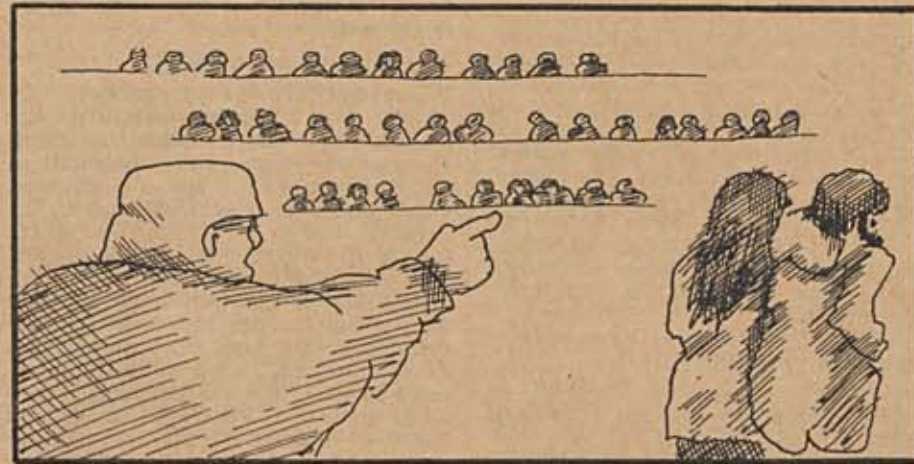
**BOCHUM. (BSZ)** — Im Geschäftsjahr 1966 habe das Studentenwerk Bochum e. V. „eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung gemacht, selbst wenn das Aufgabengebiet noch „gering“ sei, erklärte der geschäftsführende Vorsitzende Peter Schultz am Ende der vergangenen Woche vor der Mitgliederversammlung. Bisher hat das Studentenwerk, gemäß der neuen Satzung die gemeinnützige Selbsthilfeeinrichtung der Bochumer Studentenschaft, die Krankenversorgung, Unfallversicherung, Zimmer- und Wohnungsvermittlung, eine Fahrschule und allgemeinen Service intensiv betrieben.

Das Studentenwerk wird noch durch die studentischen Sozialbeiträge subventioniert. Ziel ist jedoch, so der Geschäftsbericht, „eine extensive Selbstverwaltung im Sozialbereich“, die zugleich „Vorbild für eine Neuordnung der bestehenden Verhältnisse an den Deutschen Hochschulen“ sein soll. In diesem ehrgeizigen Plan steckt einfach die Überlegung, daß die demokratisch organisierte Studentenschaft natürlich auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich für ihre eigenen Zwecke unternehmerisch tätig werden kann. Dieser für deutsche Verhältnisse tatsächlich neue Denkanstoß war allerdings an der Ruhr-Universität umstritten. Der Geschäftsbericht deutet „den mannigfaltigen Widerstand universitärer und außeruniversitärer Stellen“ vorsichtig an. Der Geschäftsbericht des Studentenwerks gibt im einzelnen eine Übersicht über die Entwicklung seiner Projekte. Interessant ist z. B., daß sich die Preisangebote für möblierte Zimmer auf das Niveau anderer Hochschulen eingependelt haben (zwischen 85 DM und

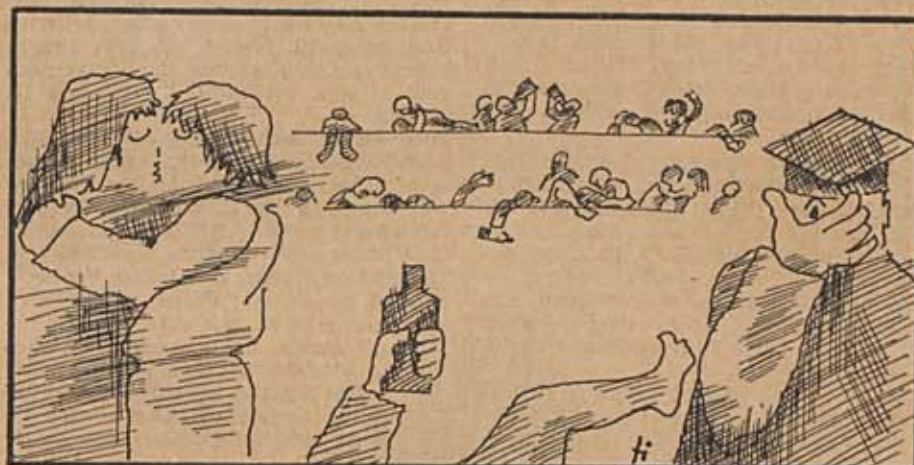
140 DM). Dennoch besteht immer noch ein großer Engpaß, besonders wieder zum Semesterbeginn.

Wahrscheinlich wird noch in diesem Jahr die Einrichtung eines Kindergartens. Die Errichtung von Studentenwohnheimen hängt von der künftigen finanziellen Entwicklung des Vereins ab. Dagegen hat sich die Studentenfahrschule schon längst bewährt. Die Bereitstellung einer studentischen Krankenstation und verschiedene andere langfristige Projekte sind in Vorbereitung.

Die Mitgliederversammlung des Vereins wird noch über die endgültige Besetzung des Vorstandes und des Aufsichtsrates, in dem auch Bochumer Geschäftsleute und Professoren vertreten sein sollen bzw. sind, zu beraten haben. Hier soll aber erst der Ausgang der Urabstimmung über die Satzung abgewartet werden. Wünschenswert erscheint allen Interessierten eine weitgehende Integration zwischen dem Verein und den Organen der Studentenschaft.



Was die Professoren wollen (fürchten die Studenten)



Was die Studenten wollen (fürchten die Professoren)

## Demnächst 5000 Studierende

**BOCHUM. (BSZ)** — Zum Sommersemester rechnet die Ruhr-Universität mit rund 5000 eingeschriebenen Studierenden. Wie im Sekretariat erklärt wurde, seien höhere Zahlen unrealistisch, da in diesem Jahr zum Sommersemester keine Abiturienten zu erwarten sind. Bei den Neueinschreibungen handelt es sich zum großen Teil um solche von Entlassenen der Bundeswehr. Man rechnet mit rund 250 Exmatrikeln und 500 bis 600 Immatrikulationen.

## Warnung vor Mittelkürzung

**HEIDELBERG. (dpa)** — Vor einer Kürzung der Mittel für die Hochschulen haben die Philosophische und Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät Heidelberg gewarnt: Sie baten den Landtag, Sondermittel freizugeben, um die dringenden Notfälle abzustellen. Die Mittelkürzung wurde als „mechanistisch“ bezeichnet. Die Hochschulen hätten die Wettbewerbsfähigkeit mit anderen verloren, Berufungen scheiterten und Wissenschaftler drohten in größerer Zahl abzuwandern. Wenn dem „beginnenden Verfall“ des Standards der Universitäten nicht sofort durch gezielte Maßnahmen Einhalt geboten werde, könnten die nachteiligen Folgen in vielen Jahren nicht mehr wettgemacht werden. Besonders betroffen sind die Germanistik, die politischen Wissenschaften, die Psychologie, die Mathematik und die Physik.

## Lehrermangel untersucht

**STUTTGART. (dpa)** — Das Institut für Demoskopie in Allensbach hat „Motivstudien zum Problem des Lehrermangels“ vorgenommen, über die Frau Prof. Dr. Nölle-Neumann vor dem Arbeitskreis „Lehrermangel“ in Stuttgart referierte. Die Untersuchungen bei Gymnasiallehrern, Primanern und in der Gesamtbevölkerung haben ergeben, daß das Berufsprestige der Gymnasiallehrer in der Gesamtbevölkerung recht hoch, das Einkommen der Gymnasial- und Volksschullehrer dagegen als zu niedrig eingeschätzt wird. Umfragen bei den Gymnasiallehrern ergaben, daß der vom Kultusministerium betonte Gedanke der Durchlässigkeit der Ausbildungswege weitgehend Zustimmung erfahren hat. Mit einem für demoskopische Umfragen eindrucksvollen Ergebnis von 91 Prozent bejahten Gymnasiallehrer außerdem die vorgesehene Möglichkeit eines Kontaktstudiums. (sh. S. 4).

## Weiterhin totaler Wirrwarr in Ausbildungsförderung - Die Regierungen unfähig?

**BONN/HAMBURG. (dpa)** — Die Bundesregierung ist bemüht, in den Katalog der Gemeinschaftsaufgaben bei der Finanzreform auch die Ausbildungsförderung aufzunehmen. Der Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Dr. Barth, räumte in der Fragestunde des Bundestages jedoch ein, daß der Erfolg dieser Bemühungen noch ungewiß sei. Die Bundesregierung habe bei den Ländern keine allzu freudige Resonanz gefunden, die Ausbildungsförderung einheitlich für das Bundesgebiet zu regeln.

Die Bundesregierung wird, wie aus den Ausführungen Barths vor dem Bundestag hervorgeht, vorläufig keinen Gesetzentwurf für ein bundeseinheitliches Ausbildungsförderungsgesetz vorlegen. Zunächst soll mit den Ländern verhandelt werden. Gegen das Durcheinander bei der Stipendienförderung in der Bundesrepublik hat sich der Arbeitsring für Sozialberatung deutscher Ingenieurstudenten (ASDI) gewandt. Nach Ansicht des ASDI kann nur ein einheitliches Aus-

bildungsförderungsgesetz allen Studenten die gleiche Bildungschance bieten. Der Studentenverband kritisierte, daß es in der Bundesrepublik rund 285 verschiedene Förder- oder Stipendienmöglichkeiten gebe. Nach Angaben des ASDI werden im Bundesgebiet nur etwa 25 Prozent der Studenten mit Stipendien oder Darlehen gefördert. In Großbritannien erhielten vergleichsweise 90 Prozent und in der Sowjetunion rund 75 Prozent der Studenten Studienbeihilfen vom Staat oder anderen Institutionen.

## Klaus Kübler: Von der Intoleranz

nen den von ihnen im tiefsten so erstrebten und begrüßenswerten Ausbruch aus der historischen Enge ihrer Gründungszeit, würden sie den ideologischen Ballast dort endlich belassen, wo er hingehört, in das 19. Jahrhundert. Die Struktur der Universität ist pluralistisch, nicht konformistisch, ist geöffnet, nicht abgeschlossen, ist rational, nicht ideologisch, ist tolerant, nicht intolerant, ist auf Wandel und Wechsel, auf ein weites Spektrum an Kritik und Kontakt, ist auf Fortschritt im weitesten Sinne angelegt. Die Universität ist aber kein Abstraktum, sie ist existent auch in ihren Hochschulgruppen, die mithin notwendig eben dieser Struktur verpflichtet sind. Denn diese Hochschulgruppen sind nicht nur private Vereine, sie ragen in den öffentlichen Bereich der Hochschule hinein, dadurch, daß sie an dem öffentlich-rechtlichen Hochschulleben teilnehmen. Sie zeichnen sich mithin auch durch eine spezifische öffentlich-rechtliche Stellung aus. Dies ist von SPD und DGB zu respektieren. Ein weiterer hochschulpolitischer Grund ist, daß die Universität, die heute nicht mehr ohne ihren Bezug zur Gesellschaft zu denken ist, ihre

Wirksamkeit in die Gesellschaft hinein nicht zuletzt über ihre studentischen Vereinigungen, ihre Hochschulgruppen, findet. Darin sehe ich eine echte Funktion aller studentischen Vereinigungen.

Es seien noch zwei rechtliche Gesichtspunkte erwähnt. Das Grundgesetz garantiert, ganz abgesehen davon, daß die Toleranz (nicht im Sinne bloßer Duldung des anderen, sondern im Sinne der gleichen Freiheit aller) eines der Grundprinzipien des Grundgesetzes ist, ganz konkret einmal die freie Gründung und Unabhängigkeit studentischer Vereinigungen und zum anderen einen Bereich akademischer Selbstverwaltung, der auch die Tätigkeit studentischer Vereinigungen einschließt. Diese institutionellen Garantien zu wahren, ist zumindest die Universität gehalten, auch gegenüber Dritten.

Neben diesen gesellschaftspolitischen, hochschulpolitischen und rechtlichen Gesichtspunkten sei noch ein empirisch-pragmatischer genannt. Es wird für keine Partei und keinen Verband gottlob eine Garantie dafür geben, daß eine zunächst konformistische Hochschulgruppe auch für alle Zukunft eine solche bleibt. Hierin liegt so etwas wie ein Generationenproblem. Die SPD hat das nach ihrer Trennung vom SDS nunmehr mit dem SHB erfahren. Sie hat daraus gelernt. Der DGB ist darin noch unerfahren.

Es ist an der Zeit, daß alle Parteien und Verbände die Toleranz in ihrem eigenen Hause erfahren und dadurch zu ihrem Nachwuchs das gegenseitig befruchtende Verhältnis finden.

## Läpple: Zahlen

**KÖLN. (dpa/BSZ)** — Der Kölner ASTA-Vorsitzende Klaus W. Läpple, der zugleich auch Vorsitzender der Landesstudentenschaft ist, verlor in erster Instanz den Prozeß gegen die Kölner Verkehrsbetriebe. Die 15. Zivilkammer des Kölner Landgerichts erkannte einen Teil der Schadensersatzforderung (89 000 DM) als berechtigt an.

Der Rechtsstreit ist insofern von Bedeutung, weil bislang nicht geklärt ist, wer für die Studentenschaft, die in Nordrhein-Westfalen nicht rechtsfähig ist, haftet. Der Vorsitzende der Kammer soll, nach der Auskunft von Läpple, gemeint haben, es sei nicht Aufgabe der Studentenvertretung, für soziale Forderungen Demonstrationen zu veranstalten.

**Ruhrland-Halle Bochum**

NACH WELTERFOLG...  
New York, Paris, London,  
Tokio, Hongkong, Sydney,  
Melbourne, Montreal usw.  
wieder in Deutschland

**GUINEA-BALLETT**

Das berühmte Afrik. Ensemble mit schwarzen Schönheiten

Samstag, den 15. 4. 67  
20.00 Uhr  
Studentenermäßigung

## Vorläufiges Ja

**BOCHUM. (BSZ)** — Die Prüfungsordnung der Abteilung wurde am 20. März vom Kultusminister vorläufig genehmigt. Es ist damit nun möglich geworden, die Zwischenprüfungen zu Anfang des Sommersemesters durchzuführen.

„Vorläufig“ seien sie, nach Auskunft von Prof. Schnur, deshalb, weil alle Prüfungsordnungen der Hochschulen in NRW harmonisiert werden sollen. Die sozialwissenschaftliche Ordnung gilt zunächst bis 1968.

(Vergl. auch die Leserschrift des ehemaligen ASTA-Vorsitzenden Süßmilch im Inneren des Blattes.)

Zwei Ereignisse, auf den ersten Blick kaum mehr als tagesaktuell: Der SHB kritisierte vor kurzem den Eintritt der SPD in die große Koalition; die SPD drohte daraufhin mit der Streichung ihrer Geldzuschüsse. Der HBK in Bochum nahm gemeinsam mit anderen Hochschulgruppen an einem Gespräch mit FDJ-Funktionären teil; der DGB sperrte alsbald den Wechsel und honorierte im wahrsten Sinne des Wortes die Gründung einer — hoffentlich hofft er nur — konformistischeren Hochschulgruppe. Dieser Anachronismus verurteilt Unbehagen. Kritik und Kontakt, immer in den Grenzen unserer Verfassung, sind zwei typische Erscheinungen für die pluralistische Zeitgesellschaft, deren unerlässliches und vornehmstes Merkmal die Toleranz ist. Typische Erscheinungen also, auch wenn der SHB und HBK von der SPD bzw. vom DGB die notwendigen Gelder beziehen, auch und gerade weil sie sich als deren akademische junge Avantgarde fühlen und gebärden, solange beide Hochschulgruppen nur auf dem Boden ihrer Pflegemutter verbleiben. Die Verfassung und das grundsätzliche Bekenntnis zur SPD und zum DGB sind wohl die einzigen Grenzen pluralistischer Toleranz.

Oder wollen sich SPD und DGB selbst (nur äußerliche?) Mitglieder der gleichberechtigten pluralistischen Gesellschaft mit diesen unzeitgemäßen konformistischen Versuchen bei ihren Hochschulgruppen allzusehr dem Verdacht aussetzen, nach innen dem Konformismus, der Intoleranz, anzuhängen? SPD und DGB gewän-



Durst löscht man mit Schlegel





# Misere im Sportstudium nicht vor 1970 beendet

Bericht von Eberhard Kunze

Nach den „Empfehlungen zum Aufbau der Universität Bochum“ gehört es zum Auftrag des Instituts für Leibesübungen (IFL), sowohl für den allgemeinen als auch für die Ausbildung der künftigen Lehrer für Leibeserziehung Sorge zu tragen (Gründungsdenkschrift S. 58). Die Satzung der Bochumer Studentenschaft zählt die „Förderung des Studentensports“ ebenfalls zu ihren besonderen Aufgaben. Jedoch wird zur Zeit beiden Institutionen, IFL und Studentenschaft, die Erfüllung ihres Auftrages denkbar schwer gemacht.

Es muß eingeräumt werden, daß die Universitätsplanung den Sport großzügig bedacht hat. Der Institutskomplex im Lottental für den „Langzeitsport“, Kurzzeit-Sportanlagen beim Universitätsforum und weitere Sportanlagen in der geplanten Universitätsstadt stellen für westdeutsche Verhältnisse ein einzigartiges Programm dar. (Vergl. F. Hallauer, Werden und Gestalt der Ruhr-Universität, S. 37, 42 und 44). Doch mit der Fertigstellung auch nur eines Teils dieser geplanten Anlagen darf erst nach 1970, wenn nicht noch viel später, gerechnet werden.

Bis dahin aber wird die Zahl der Studierenden des Faches Leibeserziehung von derzeit 120 auf weit über 200 angewachsen sein. Der praktische Ausbildungsbetrieb von sechs Semestergruppen in rund zehn Disziplinen muß sich auf städtischen Sport-Anlagen montags bis freitags von 12 bis 17 Uhr pressen lassen.

Mittags fährt so ein armer Sportstudent zum Schwimmen über 10 km ins Bochumer Nordbad, saust zurück zur Mensa, um sich in kürzester Zeit den Magen zu füllen, flitzt weiter zum alten Sportplatz an der Buscheystraße, um in nachmittäglicher Sommerhitze seine Spiel- und Leichtathletikstunden zu absolvieren.

Hinzu kommen mehrere Fahrten in der Woche zur Turnhalle am Neggenborn (rund 10 km) und zur Friederikastraße (Stadtmitte). Daß vom IFL dafür „eine glänzende Lehrkörperbesetzung geboten wird“ (WAZ vom 23. 2. 67), ist nur ein schwacher Trost. Im günstigsten Fall bekommen Sportstudenten, die ja auch noch ein zweites Fach studieren müssen, die Universität in den Vormittagsstunden zu sehen.

- Erstes Fazit: Zum Sportstudium an der Ruhr-Universität sollten sich nur Leute entschließen, die über einen schnellen Wagen und viel Zeit verfügen. (Im Hintergrund droht dagegen die befristete Immatrikulation).

Eine Beseitigung der Misere ist vorerst nicht zu erwarten. „Wenn wir nicht bald

mehr Bewegungsfreiheit bekommen, war aller Aufbau umsonst“, grübelte Dr. Überhorst, Direktor des IFL.

## Falsche Prioritäten?

Nach den Plänen des Staatshochbauamtes soll bis zum WS 68/69 folgendes Minimalprogramm verwirklicht sein: 1 Turnhalle, 1 Gymnastikhalle, 1 Schwerathletikraum. Die Kosten dafür dürften sich auf rund 500 000 DM belaufen. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß der Ausbauetat für 1968 noch völlig ungewiß ist, daß eine kurzfristige Fertigstellung im Laufe eines Sommers nicht möglich ist, daß außerdem im Ausbauetat 1967 für Sportanlagen nur 200 000 DM als reine Vorplanungskosten ausgewiesen sind. Im gleichen Etatentwurf sind jedoch 570 000 DM für das musische Zentrum vorgesehen. Ob hier nicht einfach die Prioritäten falsch gesetzt sind? Nebenbei: Prof. Lübke propagiert bereits ein langsames Bautempo für die Ruhr-Universität.

## Sportplatz verrottet

Noch ein Wort zum alten Sportplatz an der Buscheystraße. In seine Benutzung teilen sich das IFL und der TuS Querenburg. Aus der Einsicht in die gemeinsamen Nöte haben diese beiden Partner bisher in ihren berechtigten Wünschen zurückgesteckt und sich gütlich arrangiert. Es muß hier ausdrücklich festgestellt werden, daß zur Zeit der TuS Querenburg unter seinem Vorsitzenden Schmidt noch der beste Helfer und Freund des IFL ist.

Der städtische Sportplatz an der Buscheystraße verrottet allmählich. Er muß jedoch solange benutzt werden, bis die Ersatzanlage hinter der neuen Waldschule fertiggestellt ist. Auch damit ist nicht vor Jahresende 1968 zu rechnen — vorwiegend weil es an genügend Arbeitskräften fehlt; die sind nämlich durch die große Universitätsbaustelle beschlagnahmt.

Der TuS Querenburg beantragte unlängst bei der Stadt eine preiswerte Beleuchtungsanlage für den alten Sportplatz. Dadurch ergäben sich zusätzlich Übungsstunden für den Verein und die Studenten. Diese Anlage ließe sich leicht auch auf dem neuen Sportplatz installieren — abgelehnt! Die sanitären Anlagen am Rande des Buscheyplatzes spotten jeder Beschreibung. Mit den ungenügenden Umkleieräumen mag man sich noch abfinden — das EIN-Mann-WC mit Eimerspülung dagegen ist ein Hohn angesichts des hochmodernen Universitätsneubaus.

Forciertes Tempo beim Ausbau des Ersatzsportplatzes hinter der Waldschule

ist dringend nötig. Die Universität respektive das Land sollte dabei die Stadt Bochum kräftig unterstützen. Damit wäre den sportfreudigen Querenburgern und Studenten ein wenig geholfen; die neue Anlage liegt nämlich geradezu ideal auf halbem Wege zwischen Wohnheimen und Universität.

- Zweites Fazit: Vor einem Studium der Leibeserziehung in Bochum kann beim derzeitigen Stand der Dinge nur gewarnt werden — zumindest bis 1970.

## Kniebeugen und Waldlauf?

Was bleibt für den Studentensport noch übrig? Der Gemeinschaftsraum der staatlichen Studentenheime ist durch Gymnastik, Boxen, Judo, Leichtathletik-Wintertraining und Tischtennis überbelegt und zweckentfremdet. Die übrigen, bisher erreichten Übungszeiten für den allgemeinen Studentensport liegen denkbar ungünstig.

Hinzu kommt ein seltsamer geistiger Kurzschluß bei der Mehrheit der Studentenparlamentarier. „Förderung des Studentensports“ wird einseitig interpretiert als Pflege des Breitensports — Kniebeugen im Wohnzimmer und Waldlauf rund um den Kalwes; an letzterem kann einem auch noch die Lust vergehen durch überall emporschießende Bauzäune, Wettkampf- oder gar Leistungssport wird davon radikal getrennt und erscheint höchst suspekt; dessen Förderung soll Aufgabe der Universität sein. (Vergl. Protokoll der 14. und 15. FVV).

Aber es ist auch wohl zuviel verlangt, vom Bochumer Studentenparlament neben seinen anderen Aufgaben Phantasie und Ideen zur Förderung des Studentensports zu erhoffen. Das nötige Geld dazu fehlt ohnehin. Sportreferent Oerter trat Anfang des Jahres vorübergehend von seinem Posten zurück, weil er zunächst auch nur eine geringe Erhöhung seines Etats nicht erreichen konnte. Herr Oerter ist um seinen Posten wahrhaftig nicht zu beneiden. Selbst das diesjährige Sommersportfest droht finanziellen Schwierigkeiten zum Opfer zu fallen.

- Ziehen wir das letzte Fazit: An der Ruhr-Universität Bochum ist es um den Sport denkbar schlecht bestellt. Versteht man Sport und Leibesübungen nach einer jüngst gegebenen Definition als „eine Form menschlicher Selbstdarstellung, mit welcher der Mensch zugleich Zeugnis ablegt über das Bewußtsein seiner Leiblichkeit“, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß für viele Zeitgenossen noch auf Jahre hinaus die menschliche Existenz unterhalb des Kopfes aufhört.



BIS 1970 herrschen trübe Aussichten für Sportstudenten an der Ruhr-Universität.

# FDP wünscht die Forschung zentral

BONN. (dpa) — Die FDP will auf eine Erweiterung der Kompetenzen des Wissenschaftsministeriums drängen: In einem im Bundestag eingebrachten Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, alle in den Bereich der Wissenschaft, Bildung und Kunst fallenden Zuständigkeiten des Bundes im Forschungsministerium zu vereinigen. Eine ähnliche Forderung hat die SPD in früheren Jahren ebenfalls erhoben. Die FDP wartet nunmehr darauf, welche Haltung die SPD heute einnimmt. Bei der Bildung der Großen Koalition

hatte es keine Verschiebungen zwischen den Ressorts gegeben, um zusätzliche Belastungen bei der Regierungsbildung auszuschalten. Bei einer Neuordnung wären vor allem das Innenministerium, das Familienministerium und die Ressortforschung einiger anderer Ministerien betroffen. In Bonn wird erwartet, daß der FDP-Antrag auch im Regierungslager neue Überlegungen über eine Konzentration der Zuständigkeiten auslöst, auch wenn eine Lösung aus politischen Gründen nur mit Mühe wird gefunden werden können.

Suchen Sie eine ständige Mitfahrgelegenheit?

Suchen Sie jemanden, der Ihnen die Reise nach Hawaii bezahlt? Wollen Sie ein Auto geschenkt bekommen?

!!! Inserieren Sie in der BSZ !!! Kleinanzeigen in der BSZ für Studenten zu sensationell niedrigen Preisen!

Auskunft im Pressereferat des AstA, Baracke 8

## Von anderen Hochschulen

GÖTTINGEN — Die Universität Göttingen muß im Sommersemester 1967 wegen fehlender Arbeitsplätze in fünf Fächern die Zulassung beschränken. Der numerus clausus gilt für Studienanfänger in den Disziplinen Psychologie, Physik, Geographie, Medizin und Zahnheilkunde.

WIESBADEN — Der Lehrkörper der hessischen Hochschulen reicht nach Ansicht des Kultusministeriums aus, um die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Studienreform bereits im Wintersemester 1967/68 zu verwirklichen. Das Verhältnis von Lehrenden zu Studierenden beträgt in Hessen 1:7,6. Nur in einigen Fakultäten reichen die Stellenpläne bisher noch nicht aus.

HEIDELBERG — Die Philosophische Fakultät der Universität Heidelberg hat für das Sommersemester Zulassungsbeschränkungen für Germanistik, Anglistik, Romanistik, Geschichte und Politische Wissenschaft eingeführt. Der numerus clausus gilt sowohl für Studienanfänger wie für Studenten anderer Hochschulen.

HAMBURG — Gegen die generelle Einführung eines numerus clausus an der Hamburger Universität haben sich FDP und CDU gewandt. Die FDP hält es für notwendig zu prüfen, ob Doppelfakultäten in Hamburg, eine technische Universität oder technische Fakultäten geschaffen werden sollen, wenn die Hamburger Universität eine Kapazität von 20 000 Studenten erreicht hat.

# Nach Frankreich! Studium leichter

TÜBINGEN. (dpa) — Der Ständige Ausschuss der Deutsch-Französischen Rektorenkonferenz hat weitere Fortschritte bei der Schaffung von Äquivalenzregelungen für den deutsch-französischen Studentenaustausch erzielt. Bei einem Treffen in Tübingen wurden die bisher schon bestehenden Äquivalenzregelungen für Germanistik, Romanistik und alte Sprachen an die in Frankreich vollzogene Studienreform in diesen Fächern angepaßt.

Neue Äquivalenzabsprachen wurden für die Fächer Physik, Chemie und Biologie vereinbart. Die Kultusministerkonferenz muß diesen Regelungen auf deutscher Seite noch zustimmen.

Fortschritte wurden auch bei der schwierigen Regelung der Äquivalenzprobleme innerhalb der Ingenieurwissenschaft erzielt. Eine formale Äquivalenzregelung nach dem Vorbild der anderen Disziplinen verbietet sich, da die Struktur der wissenschaftlichen Ausbildungseinrichtungen in Frankreich und Deutschland unterschiedlich ist. Eine generelle Regelung der Anerkennung von Lehrveranstaltungen und Examina ist daher nicht möglich.

Um jedoch im Einzelfalle feste Anhaltspunkte für die Entscheidung von Äquivalenzfragen in diesen Gebieten zu erhalten, wurden Gutachten für neun Fachgebiete angefertigt, die im Herbst endgültig verabschiedet werden sollen. Diese Gutachten geben feste Anhaltspunkte für die Entscheidung im Einzel-

fall. Sie wurden für das Bauingenieurwesen, den Maschinenbau, die Elektrotechnik, die Landwirtschaft, die Physik als Ingenieurwissenschaft, die Chemie als Ingenieurwissenschaft, für den Bergbau und für die Mathematik an technischen Hochschulen erstellt.

Zugleich wurde in Tübingen eine Förderung des Lektorenaustausches verabredet sowie ein zentrales Auswahlverfahren für deutsche Lektoren in Frankreich geschaffen. Auf diese Weise wurden einheitliche Richtlinien für die Auswahl, die Bezahlung und die Beanspruchung der deutschen Lektoren in Frankreich geschaffen.

Gegenwärtig studieren rund 3000 junge Deutsche in Frankreich und rund 900 Franzosen in Deutschland, davon jedoch 300 allein in Saarbrücken, wo die Möglichkeit eines Exams nach der französischen Prüfungsordnung besteht. Die Äquivalenzregelungen sollen dazu beitragen, den Anteil der französischen Studenten in Deutschland zu erhöhen.



BERNHARD MINETTI als „Schulmeister“ in James Saunders' gleichnamigem Einakter (in den Kammerspielen) gestaltete die Rolle des mit einer imaginären Schulklasse spiegelbildenden Paukers zu einer beängstigend eindringlichen Studie. In einem ähnlich zwiespältigen Verhältnis zu seiner Umwelt zeigt der (kaum noch bekannte) Expressionist Rolf Lauckner „seinen“ Lehrer (dargestellt von Günter Kütemeyer in einer Szene aus dem Stück „Pestalozzi“). Die ganze bössartige Fabelistik Ionescos entfalten Edwin Dörner als Professor, Gisela Hönsch als Schülerin und Liesel Alex als Dienstmädchen in der absurden „Unterrichtsstunde“.

Die Inszenierungen der drei Einakter bieten hervorragendes Theater, die Reflektion gesellschaftlicher Zustände in ihren verlassenen Individuen am Rande; zugleich die Genealogie des modernen Theaters. Leider sind nur wenige weitere Aufführungen in den Kammerspielen angesetzt.

# Mediatisierung der Wissenschaft

BONN. (dpa) — Vor den Gefahren einer Beeinflussung der Forschung durch politische oder gesellschaftliche Interessengruppen hat der Kölner Sozialwissenschaftler Prof. Dr. K. E. Scheuch gewarnt. Der Wissenschaftler befürchtet, daß die angestrebte Zentralisierung und Konzentration der Forschungsförderung zu einer „phantastischen Abhängigkeit“ der Wissenschaft und zu einer „Mediatisierung“ der Forschung führt.

Eine „Verschachtelung“ der verschiedensten Interessentengruppen droht — wie Scheuch vor der ÖTV in Bonn erklärte — bereits bei der demnächst fälligen Neubesetzung des Kuratoriums der

Volkswagenstiftung. Das gegenwärtige „organisatorische Durcheinander“ in der Forschungsförderung garantiert demgegenüber trotz aller Nachteile eine größtmögliche Unabhängigkeit der Wissenschaft.

Als „tendenziell gefährlich“ beurteilt der Kölner Soziologe außerdem die Bestrebungen, daß sich Ministerien und andere Regierungsstellen in zunehmendem Maße eigene Forschungsinstitute angliedern. Skeptisch steht Scheuch auch der wachsenden Bedeutung der politisch oder weltanschaulich ausgerichteten Forschungsinstitute gegenüber.

Beachten Sie das besonders günstige Angebot von



**OLYMPIA-SCHREIBMASCHINEN**

in ihrem Studentenwerk, Baracke 8, hinter der Mensa



Die Sparkassen sind moderne Geldinstitute, die sich das Vertrauen von Millionen verdient haben. Bei ihnen kann man Geld sparen, Geld gut anlegen, Geld überweisen, Geld aufnehmen. Ferner Wertpapiere, Reiseschecks und Devisen kaufen, Wertsachen aufbewahren und außerdem viele andere Geldgeschäfte abwickeln.

**IHRE SPARKASSE IN QUERENBURG**

IM WESTENFELD 22  
Tel.: 511015





# SED meidet den Kontakt - FDJ strikt auf Parteikurs?

BERLIN. — Verschiedene Veröffentlichungen in der Zonenpresse lassen erkennen, daß die SED eine Ausweitung und Vertiefung der Kontakte zwischen Wissenschaftlern der Zone und der Bundesrepublik verhindern will. Das „Informationsbüro West“ meldete, daß in der Sowjetzone die SED-Kampagne gegen jede „Einheit der deutschen Wissenschaft“ fortgesetzt wird. Der Prorektor für Naturwissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Prof. Dr. med. habil. Franz Bolck, erklärte, künftig müsse genau geprüft

werden, an welchen Kontakten „wir in Hinsicht auf die Stärkung unseres Staates wirklich interessiert sind“. (dpa) Auch auf der Ebene studentischer Kontakte scheint sich die FDJ einige Zurückhaltung aufzulegen. Der Göttinger AstA hatte vor einiger Zeit versucht, mit der FDJ-Kreisleitung Leipzig ins Gespräch zu kommen. Doch wurde ihm erklärt, wie das „Göttinger Tageblatt“ schreibt, er sei „nicht genügend politisch profiliert“. Der Sekretär der FDJ-Kreisleitung an der Karl-Marx-Universität, Peter Hähnel, der ja bekanntlich

auch im Februar Gast des Bochumer AstA war, soll weiter erklärt haben, „nur solche Gespräche hätten einen Sinn, die auf lange Sicht zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik führen könnten. Das Interesse der FDJ liegt vorwiegend im Ruhrgebiet.“ Allerdings wartet die Studentenschaft an der Ruhr-Universität immer noch auf eine verbindliche Stellungnahme zu ihren konkreten Vorschlägen für ein erneutes Treffen, das schon in diesem Monat stattfinden sollte.

**Jugendfestspiele 1968 in Bulgarien**  
Die 9. Weltjugendfestspiele, die vom Internationalen Studentebund (IUS, Prag) und der Weltföderation der Demokratischen Jugend (WFDJ, Budapest) gemeinsam organisiert werden, sollen nunmehr im Sommer 1968 in Sofia / Bulgarien stattfinden. Dieser Beschluß wurde von dem internationalen Vorbereitungskomitee auf einem Treffen am 26. und 27. Januar in Wien gefaßt. China und Kuba sowie sechs weitere Länder waren nicht vertreten. Die Jugendfestspiele sind schon zweimal ohne Verschulden der Organisatoren verlegt worden. Ursprünglich hatte das Festival 1965 in Algerien stattfinden sollen, mußte jedoch nach dem Sturz des Ben-Bella-Regimes nach Ghana verlegt werden. Dort konnte es aber infolge der Rebellion gegen die Regierung Nkrumah und dessen Sturzes ebenfalls nicht veranstaltet werden. Die chinesische Delegation ist immer gegen die Verlegung des Festivals in ein Land unter vorwiegend sowjetischem Einfluß gewesen, während die Kubaner unter Hinweis auf die Bedeutung der afroasiatischen und lateinamerikanischen Länder die Festspiele in Havanna veranstalten wollten. (Asian student bulletin, Neu Delhi)



VOR DREI JAHREN war das Guinea-Ballett schon einmal in Bochum. Alle, die die Veranstaltung im Schauspielhaus besuchten, erzählen noch heute oft und gern von dem Erlebnis. Damals ging das zunächst staunende Publikum bald begeistert mit, denn dieser Reichtum an Ausdruck vom zarten Raunen bis zur wilden Ekstase versetzt in seiner Ursprünglichkeit den Besucher in das Innerste Afrikas.

Die Darbietungen, noch ganz Natur und doch Tanzkunst, sind ohne Künstlichkeit und in einer selbstverständlichen Nacktheit ohne Sinnenkitzel von Klang und Bewegung erfüllt. Ein dionysisches Fest naturhaften Lebens, die tänzerische Selbstdarstellung eines Menschendaseins fest in der Rasse verwurzelt, das seine seelischen Emotionen atembeklemmend echt zu demonstrieren weiß.

Das Guinea-Ballett kommt nach Erfolgen in der ganzen Welt nun mit einem neuen Programm wieder in die Bundesrepublik. Im Rahmen seiner Deutschland-Tournee wird es am 15. April in der Bochumer Ruhrland-Halle gastieren.



## BSZ-Leser antworten

**Betr.: Prof. Wenke Ehrensensator (BSZ 3/67)**  
Meine persönliche Einstellung auf die es allerdings nur bedingt ankommt in diesem Zusammenhang, habe ich öffentlich vertreten. Im Gegensatz zu Ihrer Generation, die manches nicht wissen kann, habe ich das alles ja mit durchlitten und ich habe auch Schuld auf mein Haupt geladen, wie jeder meiner Generation. Mir geht es nicht darum, diese Generationsschuld zu leugnen, wie könnte man das, aber sie in einem abendländischen Geiste zu überwinden. Denn es geht um die Zukunft. Ich bin aber nicht bereit zuzulassen, daß ein Mann wie Prof. Wenke zum alleinigen Prügelknaben für uns alle gemacht wird. Ich habe den höchsten Respekt vor ihm.  
In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, daß Herr Prof. Wenke durch ganz andere Männer geehrt worden ist. So erhielt er aus der Hand unseres verehrten Vorsitzenden, Dr.-Ing. E. h. Heinrich Kost, am Tage der Universitätsöffnung eine Ehrengeige, verbunden mit einer Würdigung seiner Verdienste. Für den Fall, daß nicht überall bekannt ist, war Herr Dr. Kost ist, darf ich daran erinnern, daß Herr Dr. Kost nach 1933 wiederholt verhaftet wurde. Anfang 1945 wurde er in Zusammenhang mit den Vorgängen am 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde durch den damaligen Reichsleiter Martin Bormann selbst bestätigt.  
Ich habe überhaupt den Eindruck, daß zu wenig auf die großen Zeugen dieser unheilvollen Zeit hingewirkt wird. Es sollte ein jeder deutsches Hochschullehrer wissen, daß ohne Quellenkenntnis und Sichtung geschrieben und geurteilt wird. Deshalb empfehle ich dringend, sich das einmal durchzulesen, was ein so unerschütterlicher Zeuge, wie Propst D. Dr. Heinrich Gruber, Berlin, gerade in der letzten Zeit über die Hexenjagd veröffentlicht hat. Sie werden sich über sein hartes Urteil wundern. Man kann das doch nicht einfach überhören wollen, das wäre doch ein Bekenntnis zur gewollten Tendenz. Ein künftiger Wissenschaftler muß sich sein kühles Urteil bewahren. Voreingenommenheiten und Tendenzen mögen sich überall ausbreiten — in einer deutschen Hochschule gebe man ihnen keinen Raum.  
Rudolf Krüsmann  
Vorstandsmitglied der Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität e. V.

tergeht. Zur näheren Erläuterung ist dazu zu sagen, daß die Studentenschaft sehr ernste Schritte erwogen hatte, als an der Ruhr-Universität Bochum die befristete Immatrikulation eingeführt werden sollte.  
Nach längeren Gesprächen mit Se. Magnifizenz und dem Rektor Designatus, Herrn Prof. Biedenkopf, sowie den Gesprächen in der Senatsitzung ergab sich, daß die Studentenschaft sich auf die legitimen und für diesen Fall vorgesehenen Wege vorläufig beschränken würde. Daß dies insbesondere, daß die Studentenschaft ein Sondervotum an das Kultusministerium abschiebt und darauf Vertrauen durfte, daß bis zu einer Genehmigung der Prüfungsordnung nicht danach verfahren würde.  
3.) Wenn Herr Marquardt der Meinung ist, es hätte der Eindruck erweckt werden sollen, „als ob nach einem obskuren, nur den Professoren bekannten Verfahren geprüft werde“, und behauptet, daß schon im Herbst 1965 von Frau Prof. Dr. Gruber die Modalitäten der Zwischenprüfung zu erfahren gewesen seien, ist ihm ganz einfach entgegenzuhalten, daß diese Prüfungsordnung frühestens im Sommer 1966 — soviel mir bekannt ist, im Juli — Gegenstand einer öffentlichen Beratung im Senat war. Es ist also unmöglich, daß diese Prüfungsordnung schon im WS 1965/66 in hektographierter Form erhältlich war.  
4.) Die Sozialwissenschaftliche Abteilung hat das Kultusministerium, die vorläufige Prüfungsordnung endlich zu genehmigen. Da diese Bitte abgelehnt wurde, sah sich das Prüfungsgremium der Sozialwissenschaftlichen Abteilung wegen der bestehenden Rechtsunsicherheit nicht mehr in der Lage, die Einladung zur Zwischenprüfung aufrechtzuerhalten. Ich frage mich nur, warum die Rechtsunsicherheit nicht schon vorher bekannt war, da das Kultusministerium auch ohne die besondere Anfrage der Prüfungsordnung noch nicht genehmigt hätte und die Rechtslage sowohl vor als auch nach der Anfrage genau die gleiche war.  
Daß sich im übrigen diese — wie Herr Marquardt sich ausdrückt — Verschleppungstaktik nicht gegen die Zwischenprüfung als solche oder deren Modalitäten richtet, sondern gegen das Bestehen einer Sozialwissenschaftlichen Abteilung und eines besonderen sozialwissenschaftlichen Studiums, halte ich für eine unrealistische Mutmaßung, denn wenn man bedenkt, wie viel Aufwendungen für diese Abteilung bislang gemacht worden sind, wäre es ungeheuerlich und nicht zu rechtfertigen, sie wieder aufzulösen.  
5.) Herr Marquardt bezichtigt Herrn Dröge, „private Interessen“ verfolgt zu haben. Dieser Vorwurf enthält allerdings zu viele persönliche Ressentiments, als daß er ernst genommen werden kann; Verfolgt jemand „private Interessen“, der sich das Risiko auflädt, eventuell von seinen eigenen Professoren — wie man so schön sagt — „gegesen“ zu werden?  
6.) Herr Marquardt ist besorgt, daß die Aussichten, daß die Studentenschaft nicht mehr gehört werden sollte, im Zweifel Herrn Dröge zu verdanken ist. Ich darf noch mal auf den unter Nr. 2.) zitierten Satz des Dekans der Abteilung Sozialwissenschaften hinweisen und möchte doch einmal zu bedenken geben, daß es wenig Sinn hat, über Studienordnungen zu reden, nachdem diese schon zur Genehmigung beim Ministerium vorliegen.  
7.) Wenn Herr Marquardt so großspurig behauptet, daß dieses Verwaltungsverfahren noch niemandem geholfen hätte, sondern allen geschadet, dann möchte ich doch ihn einmal fragen, wie er sich das vorstellt, wenn jemand nach dieser Prüfungsordnung geprüft worden ist, diese Prüfung nicht bestanden hat, sein Studium aufgegeben hat und sich anschließend herausstellt, daß diese Prüfungsordnung gar nicht genehmigt wird und überhaupt keine Rechtsfolgen zeitigt.  
Da Herr Marquardt gerade auch von den Studenten dieser Abteilung spricht, möchte ich doch einmal fragen: was „schadet“ denn mehr — eine „Klimaveränderung“ oder eine Prüfungsordnung, die Studienbefristungen vorsieht, 4 bzw. 5 Semester für die Zwischenprüfung, 8 bzw. 10 für die Diplomprüfung? Wer kann denn noch ernsthaft den Gleichheitsgrundsatz für gewahrt halten, wenn schlechter gestellte Studenten den immensen propädeutischen Stoff dieser Abteilung in einer bestimmten Zeit bewältigen sollen? Es ist doch eine erwiesene Tatsache, daß ein Teil der Studierenden nicht nur während der Semesterferien, sondern sogar während der Vorlesungszeit gezwungen ist, für den Lebensunterhalt zu arbeiten. Oder sollte Herr Marquardt noch nicht wissen, daß z. B. die Förderung nach dem Honnefer-Modell (290 DM monatlich im günstigsten Fall) in den ersten drei Semestern noch nicht einmal in den Ferien bezahlt wird?



„Sie hat es nicht verdient“

Roual D. Hübner, Leitender Redakteur der „Ruhr-Reflexe“

**Betr.: „Als Reflex Vertrauenskrise“ (BSZ 3/67)**  
In Ihrem Artikel „Als Reflex Vertrauenskrise“, der sich mit Inhalt und Herausgabemodus der Nummer 4 der RUHR-REFLEXE befaßt, berufen Sie sich u. a. auf „elementare Grundsätze journalistischer Fairness“, die in unserer jüngsten Ausgabe mehrere Male nicht eingehalten worden seien. Ich stelle fest, daß Sie selbst mit Ihrem tendenziösen und in Einzelheiten unrichtigen Artikel diese Grundsätze grob verletzt haben.  
Wenn schon der örtlichen Tagespresse eine adäquate Berichterstattung über die RUHR-REFLEXE nicht zu entnehmen ist, diese die Zeitschrift und ihre notwendig-kritischen Beiträge entweder verharlost oder ignoriert, und zwar aufgrund einer unberechenbaren Borniertheit der hiesigen Lokalredaktionen (ich bitte, diesen Ausdruck hier stehen zu lassen), wenn man schon überregionale Blätter (wie „Süddeutsche Zeitung“ oder „Frankfurter Rundschau“) aufschlagen muß, um etwas über die tatsächliche inhaltliche Brisanz von RUHR-REFLEXE-Artikeln zu erfahren, so hätte man Ihnen doch als dem Editoren des ASTA-Informationsblattes, dessen Erforderlichkeit von uns nicht abgestritten wird, größeren Scharfblick und mehr studentischen Sinn für die Dinge der Kritik zugetraut, als Sie, anscheinend so sehr im nach oben buckenden Funktionärstum etabliert, daß Sie der studentischen Welt bis auf die Tatsache der Immatrikulation offenbar entrückt sind, in Ihrem Artikel kundtun.  
Die Harmonie mit der professoralen und ministeriellen Obrigkeit, die Sie doch sonst als Partner deklarieren, scheint Ihnen oberstes Bedürfnis. Mit einer Angstlichkeit, die ihresgleichen sucht, fliehen Sie in die Distanz zu unseren architektur- und rektoratskritischen Beiträgen. Schlimmer als dieses, nach Meinung eines ASTA-Referenten aufgeworfenen, wörtlich: „In-dem-Arsch-Kriechen“ (ich bitte, auch diesen Ausdruck hier stehen zu lassen), dessen Überflüssigkeit oder Notwendigkeit Sie mit Ihrem politischen Gewissen auszumachen haben, ist, daß Sie, ursprünglich nur durch einzelne

Stellen in den bezeldneten Beiträgen irritiert, Ihre Ablehnung auf die ganzen Beiträge ausdehnen und diese pauschal und undifferenziert mit dem Makel studentenschaftsoffizieller Distanzierung — wobei Ihnen die Verwechselungsfähigkeit es bewußt verwandten Terminus „Studentenschaft“ (wo die Vertretung gemeint ist, assoziiert man das Ganze) noch in die Arme arbeitet — belegen, was praktisch einer Diffamierung der geduldeten Kritik sowohl als der sie äußernden Zeitschrift gleichkommt.  
Was mögen Sie wohl unter „unsachlicher Kritik“ am Sonderbevollmächtigten für die Ruhr-Uni-Architektur verstehen? Man wünschte sich da Spezifizierung (meinen Sie den Hinweis auf die Verwandtschaftsbeziehung Meyers-Hallauer? — warum wäre er „unsachlich“?). Überhaupt scheint, daß da als „unsachlich“ diffamiert wird, was einen zwischen den Sachen, und nicht zu vergessen den Personen, sehr wohl nachweisbaren sachlichen Zusammenhang hat. Der ewig-bängliche, absicherungsbesorgte Rekurs auf die „Sachlichkeit“ die zur neuen Ideologie

pervertiert, hat oft nur getarnte, irrational bedingte, Verschleierrungssucht zum Antrieb; unterbunden werden soll eine Kritik, die an den Personen und an deren evtl. Verflechtungen untereinander eben um der Sachlichkeit willen nicht vorbeikommt.  
Wie man allerdings sachliche Bedingungen zu persönlichen Mißverhältnissen umstilisieren kann, demonstrieren Sie selbst mit Ihrer unrichtigen Darstellung der offiziellen Phase der RUHR-REFLEXE. „Differenzen“ zwischen dem ASTA als Herausgeber und der Chefredaktion aus anscheinend persönlichem Motiv hat es nie wirklich gegeben. Vielmehr war Ärger in den Sachen determiniert: die R-R erfüllten die Informationspflicht „nicht ausreichend“ — nicht deshalb, wie hier stillschweigend unterstellt wird, weil es der Redaktion dazu an Willen gefehlt hätte (dieser sehr wohl zu ersehen aus Nr. 1 bis 3), sondern weil die Finanzierung der Zeitschrift nicht so rasch gelang, wie es wünschenswert gewesen wäre.  
Ein sachliches, aber schon mehr in den Bereich der konkurrierenden Interessen gehörendes Hemmnis für die Zusammenarbeit mit dem ASTA war auch, daß dieser sich (zumal unter Roland Ermirch) eine bis in die Einzelheiten von Artikeln gehende grotsche Zensur anmaßte, die sich keine andere westdeutsche Studentenredaktion gefallen lassen würde. Hinderlich war zudem nicht etwaige Geheimniskrämerie seitens der Redaktion, sondern Trägheit und Unachtsamkeit des Vorsitzenden, der, z. B. als ihm, wie abgemacht, die (nachher für den Umbruch verklebten) Druckfahnen am Freitagmorgen, 4. März, vorgelegt werden sollten, schon vorzeitig „ins Wochenende“ abgereist war.  
Eine ausschließliche Filialität herzustellen zu wollen zwischen dem Entoffizialisierungsbeschlüß der Fachschaftsvertreter und angeblich vernachlässigter Informationspflicht ist Unwahrheit. Der wahre Konnex führt vielmehr aus dem Bereich der Sachen heraus in den persönlichen Egoismen.  
Solange die Unersättlichkeit der BSZ auch nach außen mit Erfolg proklamiert werden kann, so wird nicht minder verborgen bleiben, daß ihre Herausgabe auch ganz massive Interessen (und bestünde dieser Eigennutz in der bloßen Gloriette des Herausgebers und Redigierens) der beteiligten ASTA-Vertreter zum Hintergrund hat.  
Als diese vor dem Parlament scheinheilig noch von möglicherweise hektographierten Mitteilungsblättern faselten, arbeiteten sie in der Stille schon an dem genau umrissenen Projekt BSZ, das dann nach erstem Erscheinen dem Parlament zur Beglaubigung — wie sich der Vertreter der juristischen Fachschaft treffend ausdrückte — „vor die Nase gesetzt“ wurde.  
Diese Verfahrensweise entspricht der liberalinkhaften Schnodderigkeit des Ermirch, die da verulken liebt: „Was wir wollen, das haben die zu schlucken!“ Nach der Leitlinie des BSZ-Gründungsprogramms verfolgt mußten die ASTA-Vertreter natürlich nach ausschaltbaren Motiven gegen die abzusetzende Zeitschrift suchen gehen. Sie nahmen sich, was sie für attackierbar hielten, um nur das BSZ-Gewissen sich zu säubern.  
Die Studentenschaft der Ruhr-Universität, d. h. deren derzeitige Studentenvertretung, hat sich mit ihrer jüngsten Distanzierung von gerechtfertigter Kritik an der Universität sowohl als mit der Aufhebung der Teiloffiziellität der RUHR-REFLEXE ein Armutszeugnis ausgestellt. Die Regenerierung kritischer Unabhängigkeit kann gleichwohl begründet werden: eine Zeitschrift, die etwa von Prof. Lenk als „in jeder Hinsicht vorzüglich“ bezeichnet wurde, hatte diese Studentenvertretung nicht verdient.

**Richtigstellung (wo)**  
Das Institut für Anglistik legt Wert auf die Feststellung, daß, anders als in BSZ 3/67 berichtet, die Kandidaten der Zwischenprüfung am 10. März milde beurteilt worden sind. Die Redaktion.

Die an dieser Stelle abgedruckten Leserzuschriften spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Das Recht auf Kürzung bleibt vorbehalten.

... gleich neben der Mensa

**IHRE BUCHHANDLUNG BROCKMEYER**

463 BOCHUM-QUERENBURG  
Lennershofstraße 70 - Telefon 51 13 60



## Nachrichten aus der Universität

Die Urabstimmung über die Satzung der Bochumer Studentenschaft läuft seit dem 1. April. Jeder im WS 66/67 an der Ruhr-Universität eingeschriebene Studierende erhält Satzung und Abstimmungskarte an seine Heimatadresse zugesandt. Bei evtl. Fehlleitungen oder Nicht-Zustellung sollen sich die Betroffenen im Sekretariat des AstA in Baracke 8 melden.

Bundespräsident Heinrich Lübke hat alle Studentenvertretungen aufgefordert, Dokumentationen über Mißstände an ihren Universitäten anzufertigen. Der Bochumer AstA wird sich beteiligen.

Neue Semesterfristen sollen in Zukunft eingeführt werden. Damit hat die Ruhr-Universität den Vorschlägen der Westdeutschen Rektorenkonferenz zugestimmt. Das Sommersemester wird vom 15. April bis zum 15. Juli und das Wintersemester vom 15. Oktober bis zum 15. Februar dauern.

Ein Rechenzentrum wird an der Ruhr-Universität aufgebaut, das allen Instituten zur Verfügung stehen soll. Einzelheiten werden von einer Senatskommission geregelt, die inzwischen gebildet worden ist.

Mehrere Millionen Mark wurden beim Aufbau der Ruhr-Universität Bochum durch sinkende Baupreise eingespart. Die Landesregierung hat sich bei der Auftragsvergabe nicht auf lange Zeiträume festgelegt, um die jeweilige Konjunkturlage voll auszunutzen zu können.

Unter der Leitung von Professor Dr. Oskar Anweiler (Lehrstuhl für Pädagogik) steht ein interdisziplinäres Forschungsvorhaben „Geistige und sozialökonomische Wandlungen in Ost-europa und ihr Einfluß auf das Bildungswesen und die Jugendziehung“, an dem Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter mehrerer Universitäten und Hochschulen in der Bundesrepublik und in Westberlin beteiligt sind. Die Mittel hierfür hat die Stiftung Volkswagenwerk bereitgestellt.

Professor Dr. Karl Horst Schmidt (Lehrstuhl für Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaften) ist eingeladen worden, am „Third International Congress of Celtic Studies“ vom 23. bis 29. Juli 1967 in Edinburgh, am „XXVII International Congress of Orientalists“ vom 13. bis zum 19. August 1967 in Ann Arbor/Michigan und am „X. Congrès International des Linguistes“ vom 28. August bis zum 2. September 1967 in Bukarest/Rumänien teilzunehmen.

Professor Dr. Schmidt beabsichtigt, an den Kongressen in Edinburgh und in Ann Arbor teilzunehmen. Für den Orientalistenkongreß hat er einen Vortrag über „Grundzüge einer typologisch-vergleichenden Grammatik des Georgischen und indogermanischer Sprachen“ angekündigt.

Professor Dr. Bruno Lewin (Lehrstuhl für japanische Sprach- und Literaturwissenschaft) erhielt eine Einladung des Department of Far Eastern Languages and Literatures der University of Michigan, Ann Arbor/USA, am dortigen Center for Japanese Studies im Sommersemester 1967 als Gastprofessor über klassische japanische Prosa zu lesen und anschließend am Internationalen Orientalistenkongreß vom 13. bis zum 19. August 1967 in Ann Arbor teilzunehmen.

Professor Dr. Erich Gräßer (Lehrstuhl für Exegese und Theologie des Neuen Testaments — Evangelische Theologie) hat eine Einladung zum 1. Internationalen Studien-Kongreß „DE HISTORIA SOLLICITUDINIS OMNIUM ECCLESIA-RIARUM“ erhalten, der in der Zeit vom 25. bis zum 30. September 1967 in Rom stattfindet.

Professor Dr. Walter Benz (Lehrstuhl für Mathematik) wurde von der University of Waterloo/Kanada eingeladen, in der Zeit vom 1. September 1967 bis zum 30. April 1968 als Visiting Professor of Mathematics tätig zu sein.

## Bis 1980 doppelt soviele Studenten wie gegenwärtig?

BONN. (dpa) — Die deutsche Bildungspolitik wird damit rechnen müssen, daß 1980 an den deutschen Hochschulen rund 600 000 Studenten ihre Ausbildung erhalten wollen. In einer bisher unveröffentlichten Studie des Sekretariats der Kultusministerkonferenz über die Entwicklung der Studienzahlen heißt es dazu: „Die Zahl der deutschen und ausländischen Studierenden an allen Hochschulen würde sich von rund 306 000 im Studienjahr 1964/65 auf rund 597 000 um 1980 erhöhen; die der deutschen Studierenden würde von rund 283 000 auf rund 573 000 ansteigen.“

Die Zahl der männlichen Studierenden würde sich dabei um 85 Prozent erhöhen, die der weiblichen um 120 Prozent. An den Wissenschaftlichen Hochschulen (ohne Pädagogische Hochschulen) wäre um 1980 mit rund 476 000 deutschen Studierenden (darunter rund 125 000 Studentinnen und rund 24 000 ausländischen Studierenden, insgesamt somit fast 500 000 Studierenden) zu rechnen.“ Die neueren Untersuchungen der Kultusministerkonferenz weichen erheblich von den Vorausschätzungen des Wissenschaftsrates ab. Die KMK-Studie nimmt an, daß 1980 jährlich etwa 125 000 deutsche Studienanfänger ein Studium aufnehmen; davon an Wissenschaftlichen Hochschulen rund 93 000 gegenüber 45 330 im Studienjahr 1964/65.

Die Studie meint, daß 1980 rund 16,9 Prozent der Männer und rund 11,6 Prozent der Frauen eines jeden Altersjahrganges eine Studienberechtigung erwerben. Insgesamt werden 14,3 Prozent eine Zugangsberechtigung zu Hochschulen erhalten. 97,5 Prozent der männlichen Studienberechtigten und 93,5 Prozent der weiblichen Studienberechtigten werden ein Studium an den Hochschulen aufnehmen. Die KMK-Studie beschäftigt sich auch mit der möglichen Verteilung der Studenten im Jahre 1980 auf die Studienfächer. Dabei ergibt sich folgendes Bild für die deutschen Studienanfänger: Theologie 1,5 Prozent, Naturwissenschaften 25,6 Prozent, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 25,4 Prozent, Medizin 13,4 Prozent, Mathematik und Naturwissenschaften 19 Prozent, Technische Wissenschaften 13,3 Prozent, Land- und Forstwissenschaften 0,9 Prozent, Veterinärmedizin 0,9 Prozent. Die Vorausschätzung der Studienzahlen für 1980 mit rund 600 000 beruht u. a.

auf der Voraussetzung, daß es gelingt, eine weitere Verlängerung der gegenwärtigen durchschnittlichen Studiendauer in den einzelnen Studiengebieten an Wissenschaftlichen Hochschulen zu verhindern. Bei den übrigen Hochschulen wird mit einer konstanten Studiendauer gerechnet. Studienzeitverkürzungen können zu einem Absinken der Studienzahlen führen.

Wird durch eine Studienzeitverkürzung nur die durchschnittliche in den letzten Jahren eingetretene Studienzeitverlängerung rückgängig gemacht, so ergibt sich eine Verminderung der für 1980 veranschlagten erforderlichen Studienplätze um rund 36 000. Bei einer Realisierung der Studienreformvorschläge des Wissenschaftsrates wird damit gerechnet, daß an den Wissenschaftlichen Hochschulen die Zahl der Studienplätze um rund 110 900 vermindert werden kann. (23,3 Prozent der Vorausschätzung). Die KMK-Studie nimmt für 1980 an, daß die Zahl der Hochschulabsolventen rund 87 000 jährlich beträgt gegenüber 38 000 im Studienjahr 1963/64. Die Studie will lediglich die wahrscheinlichen Konsequenzen in ihren Größenordnungen verdeutlichen, die mit dem Ausbau des Schulwesens für die langfristige Entwicklung des bestehenden Hochschulwesens gesetzt sind. Die rechnerische Darstellung solcher Zusammenhänge begründet den Modellcharakter der Berechnung, die nicht als exakte Vorausschätzung für ein bestimmtes Zieljahr aufgefaßt werden kann. Gleichzeitig wird jedoch von den Verfassern der Studie — Dr. Christoph Oehler, Willy Albert und Bernhard von Mutius — hervorgehoben, daß die Möglichkeit einer Verdoppelung der Studienzahlen bis 1980 mit der Entwicklung übereinstimmt, die andere westeuropäische Industriestaaten erwarten.

## Reichen Finanzen für den Ausbau der Hochschulen?

BONN. (dpa) — Mit einiger Sorge werden in wissenschaftspolitischen Kreisen von Bund und Ländern die künftigen Investitionen zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen betrachtet: Es zeichnet sich eine Lücke zwischen dem fixierten Bedarf und den in den nächsten drei Jahren voraussichtlich vorhandenen Finanzmitteln ab. Die Bundesregierung hat in Aussicht gestellt, ihre Mittel für den Ausbau der bestehenden Hochschulen von 430 Millionen DM innerhalb der nächsten drei Jahre auf 730 Millionen DM zu steigern. Ob eine gleiche Steigerungsrate auf der Länderseite noch aufgebracht werden kann, erscheint fraglich.

Im vergangenen Jahr gaben die Länder für die bestehenden wissenschaftlichen Hochschulen knapp 700 Millionen Mark an Investitionen aus. Die Neugründungen kosteten im gleichen Jahr rund 274 Millionen Mark. Die Gesamtaufwendungen der Länder werden auf rund 965 Millionen Mark beziffert. Dem gegenüber standen Bundesleistungen für die bestehenden Hochschulen und die medizinischen Akademien von rund 412 Millionen Mark. Das Gesamtvolumen an Investitionen im Hochschulwesen beträgt daher fast 1,4 Milliarden Mark. Überlegungen über den künftigen Bedarf an Hochschulinvestitionen sprechen von rund 20 Milliarden Mark bis 1975, von denen etwa bis 1970 die Hälfte aufzubringen ist. Diese Zahl wird in Bonn schon genannt, obwohl die Empfehlungen des Wissenschaftsrates für

den Ausbau des deutschen Hochschulwesens für die nächsten Jahre noch nicht vorliegen.

Eine Analyse der Finanzplanungen des Bundes bis 1969 ergibt, daß er in diesem Jahr mit den vorgesehenen 730 Millionen Mark um rund 50 Millionen Mark über den Länderleistungen des vergangenen Jahres für den Ausbau der bestehenden Hochschulen liegen wird. Die Finanzlücke entsteht vor allem dadurch, daß bisher die Beteiligung des Bundes an den Hochschulneugründungen nicht abschließend geklärt ist. Erst wenn der Bund hier ein stärkeres finanzielles Engagement eingeht, werden sich die gesteckten Investitionsziele bis 1970 realisieren lassen. Die genauen Investitionsraten der Länder für dieses Jahr liegen noch nicht vor, da einige Landtage die Haushalte noch nicht verabschiedet haben.

## Demoskopie gegen den Lehrermangel

STUTT GART. Als Grundlage einer verstärkten Werbung für den Lehrerberuf hat das baden-württembergische Kultusministerium beim Institut für Demoskopie in Allensbach eine Repräsentativuntersuchung über die Einschätzung des Berufs des Studienrats bestellt. Erste Ergebnisse wurden dem beim Kultusministerium gebildeten Arbeitskreis „Lehrermangel“ jetzt vorgelegt. Die Primaner — „Zielgruppe“ der künftigen Lehrerbewerbung — stufen diesen Beruf in ihrer Wertschätzung ziemlich hoch ein, er kommt an fünfter Stelle nach Arzt, Atomphysiker, Politiker und Pfarrer und vor Diplom-Ingenieur und Rechtsanwalt.

Auch in der gesamten Bevölkerung ist der Studienrat sehr angesehen. Er wird nach Arzt und Pfarrer auf dieselbe Stufe wie der Rechtsanwalt gestellt. Jedoch wird das Einkommen des Studienrats um rund 200 DM, das des Volksschullehrers um 400 DM zu niedrig geschätzt.

Die Studienräte selbst halten ihr Ansehen hingegen für geringer. Sie meinen, sie rangierten hinter Arzt, Diplom-Ingenieur und einem (nichtakademischen) Angestellten in einem Großbetrieb. Auch ihre finanzielle Situation halten sie für sehr unzureichend, ebenso die Aufstiegschancen, die sie sogar

nach niedriger einstufen als diejenigen eines Volksschullehrers. Doch scheinen sie Abhilfe nicht nur von Besoldungsverbesserungen zu erwarten. Vielmehr könnte ein großer Teil ihrer Wünsche dadurch erfüllt werden, daß ihnen neben der Berufstätigkeit mehr Gelegenheit zu wissenschaftlicher Arbeit gewährt wird.

91 Prozent der befragten Studienräte hielten das vom Wissenschaftsrat vorgeschlagene Kontaktstudium für bereits im Beruf stehende Akademiker für einen wirklichen Gewinn, 86 Prozent würden es begrüßen, wenn ihr Stundendeputat ermäßigt würde, so daß sie wissenschaftlich arbeiten könnten. (akd.)

Bochum tanzt bei

# LINDEN

• modern  
• beschwingt  
• erfolgreich

**NEUE KURSE**

Beginn jeweils im Januar,  
April und September.  
Anmeldung möglichst  
6-8 Wochen vorher.

Bürozeit 11-14 und 16-19 Uhr  
**HAUS DES TANZES**  
Kortumstraße 142 Ruf 648 11  
Tanzschule Linden



... auch Sie könnten mal krank werden

Da es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Oldtimer“ sogar recht. Auch junge Menschen kann es erwischen. Eine Krankheit kann das ganze Geld verschlingen. Wie beruhigend, wenn die DKV die hohen Kosten übernimmt. Und außerdem noch ein Krankenhaus-Tagegeld zahlt! Fortgeblasen sind die Sorgen: man ist DKV-geborgen!

Auskunft und Anmeldung  
Studentenwerk Bochum e.V., dienstags von 12 bis 14 Uhr

**DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.-G.**  
Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 66, Postfach 505, Telefon 605 46-48

**SCHAUSPIELHAUS BOCHUM**  
HANS SCHALLA

**SCHAUSPIELHAUS**

LEBEN DES GALILEI, von Brecht	18. 4. (Di.); 22. 4. (Sa.); 24. 4. (Mo.); 26. 4. (Mi.)
FAUST (I. Teil), von Goethe	17. 4. (Mo.); 27. 4. (Do.)
TOLLES GELD, von Ostrowski	16. 4. (So.); 19. 4. (Mi.); 30. 4. (So.); 2. 5. (Di.)
DIE LUSTIGEN WEIBER VON WINDSOR von Shakespeare	23. 4. (So., 19 Uhr)
ORPHEUS IN DER UNTERWELT (G) Operette von Offenbach	15. 4. (Sa.); 29. 4. (Sa.)
NABUCCO (G), Oper von Verdi	25. 4. (Di.)

**KAMMERSPIELE**

PESTALOZZI, von Lauckner / DER SCHULMEISTER, von Saunders  
Beginn der Vorstellungen: 20 Uhr, sofern nicht anders angegeben.  
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier, Gelsenkirchen  
Karten für Studierende 50 Prozent ermäßigt (außer bei Premieren). Jeweils eine Stunde vor Beginn der Vorstellung an der Abendkasse erhältlich.

**SPIELPLAN für die Zeit vom 15. 4. bis 2. 5. 1967**

DIE UNTERRICHTSSTUNDE, von Ionesco / 16. 4. (So.); 21. 4. (Fr., zum letzten Mal)

## WESTFALENBANK

### IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle  
Ruhr-Universität  
Lennershofstr. 70  
Tel.: 511315

Zweigstelle  
Bochum-Querenburg  
Overbergstr. 7  
Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Das „Honnefer Modell“ wird jedoch nur in unserer Zweigstelle Ruhr-Universität ausgezahlt.

**WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum Hustr. 21-25**

**BAT gilt nicht für Doktoranden**

KASSEL (dpa) — Die Vorschriften des Bundesangestelltentarifs (BAT) gelten nicht für Doktoranden, die in einem wissenschaftlichen Institut ihr Wissen erweitern. Sie sind Arbeitnehmer, die mit Praktikanten vergleichbar sind. Diese Auffassung vertrat der Erste Senat des Bundesarbeitsgerichts mit der Begründung, daß die Doktoranden überwiegend zu ihrer Ausbildung beschäftigt würden. Der Senat sprach dieses Urteil in einem Rechtsbeschwerdeverfahren des Betriebsrates der Gesellschaft für Kernforschung mbH Karlsruhe gegen die Unternehmensleitung.

**wywiad**

Schreibmaschinen  
Billige Sonderangebote - Miete-Mietkauf  
Bochum Südring 19 - Ruf 61423

## Bochumer Studenten Zeitung

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß (ASTA) der Studentenschaft an der Ruhr-Universität. Vorsitzender: Roland Ermrich.

Redaktion: Ulrich Dröge (Referent für Öffentlichkeitsarbeit)  
Fotos: Rolf Hüper  
Idee - Layout: Hendrik Bussiek  
Zeichnungen: Fritz Finke  
Anschriß: 463 Bochum, Lennershofstr. Nr. 66 (Ruhr-Universität). Tel.: 51 18 55.  
Bankverbindung: Westfalenbank AG, Kto.-Nr. 906 859  
Druck: Druckhaus Schürmann & Klagges Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16, Ruf 6 47 46-48, Telex 0 825 514.